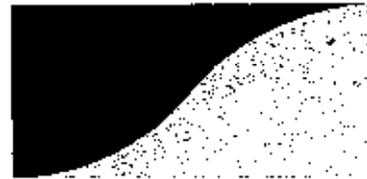


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 888 846 ppbn d



Inhalt

Christa Randzio-Plath, Vize-Präsidentin der Socialist International Women (SIW) und Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), resümiert das zu Ende gehende Jahrzehnt der Frau: Chancen nicht genutzt.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB fordert, das Umweltauto attraktiv zu machen: Bleifreies Benzin muß billiger werden.

Seite 3

Christa Meier MdL, Bildungspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, macht auf die bittere soziale Lage vieler Studenten aufmerksam: Hunger in den Hörsälen.

Seite 4

Dokumentation

Der in Göttingen lebende Schriftsteller Dr. Wolfgang Bittner hat mit einem satirisch gefärbten Brief auf das Angebot des niedersächsischen Ministerpräsidenten geantwortet, die Anstellung von jungen Mädchen als Haushaltshilfen im "sozialen Jahr" mit 6.000 DM zu subventionieren. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut.

Seite 6

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12.04.08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

40. Jahrgang / 131

15. Juli 1985

Chancen verschenkt

Das Jahrzehnt der Frauen geht zu Ende

Von Christa Randzio-Plath

Vize-Präsidentin der Socialist International Women (SIW) und Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Das Jahrzehnt der Frau geht zu Ende; 1975 bis 1985 sollten die Ziele des Jahrzehnts der Frau der Vereinten Nationen Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden umgesetzt werden.

Frauen sind weltweit von Armut, Elend, Hunger und Not am meisten betroffen. Frauen leisten nach wie vor zwei Drittel aller Arbeitsstunden, die auf der Welt geleistet werden und erhalten nur ein Zehntel des Welteinkommens, wenn inzwischen nicht weniger. Frauen brauchen die Solidarität, sie brauchen die Solidarität aller Frauen, auch wenn das Jahrzehnt der Frauen für Frauen in der Bundesrepublik Deutschland mit einer düsteren Perspektive zu Ende geht. Ihre Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hat sich verschlechtert, die Umsetzung des Rechts auf Arbeit ist schwieriger geworden. Der Frauenanteil an den Sozialhilfeempfängerinnen ist gestiegen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland heißt die Zunahme der Armut Frauen.

In Nairobi schmückt sich die Bundesregierung mit roten Federn, wenn sie auf eine positive Gesetzgebungsbilanz verweist. Die Reformen, die Frauen nützen, sind immer noch Reformen, die sozialdemokratische Handschrift tragen und von der Bonner Wenderregierung noch nicht gekippt werden konnten. Die SPD hat viel für Frauen während ihrer 13 Jahre Regierungszeit erreicht: Das Bundesausbildungsförderungsgesetz hat die Chancengleichheit von Mann und Frau in Ausbildung und Beruf erhöht. Das Arbeitsförderungsgesetz hat die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung in das Erwerbsleben gefördert.

Weitere Erfolge waren: Frauen und Männer wurden in der Frage der Ehemündigkeit gleichgestellt. Das Ehe- und Familienrecht wurde re-



formiert und vollzog den Übergang von der patriarchalischen zur partnerschaftlichen Ehe. Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz war ein erster Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Mann und Frau im Arbeitsleben. Berufstätige Männer und Frauen wurden bei Krankheit der Kinder bis zu fünf Tagen pro Jahr und Kind freigestellt. Als erster Schritt zur Verwirklichung des Elternurlaubs wurde ein vier monatiger bezahlter Mutterschaftsurlaub nach Ablauf der Mutterschutzfrist eingeführt.

Durch die Neuregelung des elterlichen Sorgerechts wurde mit der Vorstellung von der "elterlichen Gewalt" Schluß gemacht. Der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende wurde erhöht. Der Unfallschutz für Eltern auf dem Weg zum Kindergarten wurde eingeführt. Der Paragraph 218 wurde reformiert und es wurden Mittel im Beschäftigungsförderungsprogramm für Mädchen und Frauen zur Verfügung gestellt. Modellvorhaben für Frauen wurden gefördert.

Die Wenderegierung läßt durch ihre Maßnahmen nichts unversucht, um eindeutig Frauen zu benachteiligen, um Frauen zu entmündigen. Auf der Weltfrauenkonferenz spiegelt sie den Frauen auf aller Welt vor, daß die neuen Technologien der Weg sind, auf dem die Zukunft der Frauen liegt. Frauen sollen an die Heimarbeit gewöhnt werden, Familie- und Erwerbsarbeit vor dem Bildschirm vereinbaren. Hier liegt keine Lebensperspektive für Frauen.

Die AsF fordert die Bundesregierung auf, in Nairobi Farbe zu bekennen, wie ernst sie die Forderungen der Weltfrauenkonferenzen und des Frauenjahrzehnts nimmt: Die Forderung der Weltfrauenkonferenz nach der Einrichtung eines Netzes von Gleichstellungsstellen und Frauenministerien beziehungsweise einer Ministerin für Gleichstellung hat diese Bundesregierung nicht ernst genommen. Im Gegenteil unter der Wenderegierung ist die Stabsstelle Frau und Politik im Bundesfamilienministerium zu einem Referatsdasein verkümmert.

Die Weltfrauenkonferenzen forderten Frauenförderungspläne. Frauenförderungspläne der Bundesregierung für den öffentlichen Dienst und die öffentlichen Unternehmen stehen weiter aus.

Die Weltfrauenkonferenzen forderten ein besonderes Engagement der Bundesregierung für Frauen in der Dritten Welt. Auch hier täuschen die wenigen Frauenprojekte, die die Bundesregierung fördert, nicht darüber hinweg, daß die Frauen eine Nebenrolle in der Bonner Entwicklungszusammenarbeit spielen.

Die Weltfrauenkonferenzen haben unterstrichen, wie wichtig es ist, gesellschaftliche Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen wird durch die Maßnahmen der Bonner Wenderegierung erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht: das Beschäftigungsförderungsgesetz, die Kürzung des Mutterschaftsgeldes sind Regelungen, die bereits zu Ungunsten von Frauen beschlossen sind. Die Weltfrauenkonferenzen unterstrichen, wie wichtig das Recht auf Ausbildung für Mädchen und junge Frauen ist. Besonders junge Frauen werden aber von der Wenderegierung in ihrer Ausbildung- und Arbeitsplatznot allein gelassen.

In Nairobi werden Worte nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Bundesregierung das Jahrzehnt für die Frau zu einem Jahrzehnt gegen die Frauen werden lassen will. Kein Wunder, daß die Weltfrauenkonferenz und die Bedeutung eines Jahrzehnts der Frau in der Frauenöffentlichkeit - und in der Öffentlichkeit überhaupt - von der Bundesregierung nicht diskutiert worden ist: Sie will sich verstecken.

(-/15.7.1985/rs/ks)

+ + +

Bleifrei endlich billiger machen!

Das Umweltauto muß attraktiv gemacht werden

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Nach der Katalysatorschlappe von Luxemburg ist jede Hoffnung zerstoßen, daß die Belastung der Luft mit Stickoxyden rasch verringert wird. Im Gegenteil, die giftigen Auspuffgase aus den Kraftfahrzeugen werden weiter ansteigen in den nächsten Jahren, schon wegen der Zunahme des Verkehrs. Das magere Ergebnis: nur Wagen mit einem Hubraum über zwei Liter müssen den Dreiwegkatalysator einbauen, und dies erst ab 1988. Damit werden nur 15 Prozent des Pkw-Bestandes erfaßt, 85 Prozent können weiter ohne Katalysator fahren.

Schlimmer hätte es nicht kommen können; die Niederlage der Zimmermannschen Umweltpolitik ist damit perfekt. Der kranke Wald wird es büßen.

Was die EG sich hier leistet und was die Bundesregierung entgegen ihren vollmundigen Versprechungen geschluckt hat, bleibt nicht nur weit hinter den US-Werten zurück, sondern spricht auch dem Stand der Technik Hohn. Nicht umsonst geht die Verärgerung quer durch die deutsche Automobilindustrie, von BMW bis zum Volkswagenwerk, vor allem wegen der bereits getätigten Investitionen für die Abgasreinigung und der nunmehr abgesegneten falschen Subventionierung einer schlechteren Technik.

Einzigster Hebel, um das Umweltauto dennoch auf die Straße zu bringen, wären durchgreifende nationale Maßnahmen:

- Kräftige Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um fünf bis sieben Pfennig;
- Verbot von bleihaltigem Normalbenzin ab 1. Januar 1986;
- direkte Kaufhilfen für Katalysatorwagen mit 90 Prozent-Abgasentgiftung, um den Mehrpreis auszugleichen;
- Einführung eines Tempolimits.

Gegenwärtig entfallen ganze 0,6 Prozent des Benzinverkaufs auf unverbleites Benzin. Und dies, obwohl die Mineralölindustrie in der Lage wäre, bleifreies Benzin in jeder Menge und Qualität zu liefern und obwohl eine große Anzahl der heute im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge bereits mit bleifreiem Benzin gefahren werden könnte. In Österreich gibt es heute schon 3.500 Bleifrei-Tankstellen, in der Bundesrepublik sind es erst 1.900. Sobald der Preis für bleifreien Sprit deutlich niedriger liegt als der für Bleibenzin, wird sich der Autofahrer umstellen, auch wenn er nicht besonders umweltbewußt ist. Die Forderung nach Zurückdrängen des Bleibenzins ist umso dringlicher geworden, als neueste Forschungsergebnisse des Max-Planck-Instituts Heidelberg besagen, daß nicht allein die Stickoxyde aus den Auspuffgasen für den Wald gefährlich sind, sondern auch das Antiklopfmittel Tetraäthylblei selbst, da es Nadeln und Blätter der Bäume schwer schädigt.

Dies sollte ein Grund mehr sein, um schleunigst zu handeln. Doch die Bundesregierung handelt nicht. Warum? Die Antwort steht aus. Inzwischen haben flinke Finanzexperten errechnet, daß das umweltverschmutzende Auto für die Staatskassen ganz schön Geld bringt: durch die höhere Mineralölsteuer für bleihaltiges Benzin und die höhere Kfz-Steuer für nicht abgasentgiftete Wagen. Insgesamt 3,7 Milliarden bis 1994! Hilfe für den sterbenden Wald oder Mehreinnahmen für die öffentlichen Hände - das wäre eine aberwitzige Alternative! Die Natur wird uns eine Gegenrechnung präsentieren, die uns die Augen übergehen läßt. Mit jeder Tonne Schadstoffe, die unnötig in die Luft ausgestoßen werden, erhöht sich diese Gegenrechnung. Unterlassener Umweltschutz wird unbezahlbar. Wann endlich begreifen das die verantwortlichen Politiker?

(-/15.7.1985/rs/ks)

+ + +

Hunger in den Hörsälen

Leistungsbereite Studenten sind auf "Bettelsuppen" angewiesen.

Von Christa Meier MdL
Bildungspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Bei den Studenten ist wieder ein Zwei-Klassen-Recht eingekehrt. Die einen können dank finanziellem elterlichen Hintergrund sorglos oder zumindest relativ problemlos studieren. Die anderen, die auf staatliche Hilfen oder Darlehen angewiesen sind, müssen vielfach hungern. Obwohl leistungswillig und leistungsbereit, ist bei ihnen die Sorge um das tägliche Leben und Überleben an die erste Stelle gerückt. Wenn sie dann nebenbei arbeiten, kommt das Studium zu kurz - die Studenten geraten in die Mühlen der Regelstudienzeiten.

Diese Situation ist die direkte Auswirkung der ideologischen Wende in der Bildungspolitik. Es ist ein ausgesprochener Skandal, daß in einem Land das immer noch zu den reichsten der Welt gehört, Studenten hungern müssen. So mußte beispielsweise das Studentenwerk München auf Grund der rigorosen Kürzungen bei der Studentenförderung jetzt für "besonders bedürftige Studenten" Adressen für Freitische bekanntgeben.

Zahlen machen deutlich, wie dramatisch sich die Lage der Studenten verschlechtert hat. Bekamen vor zehn Jahren noch knapp 40 Prozent der Münchner Studenten Stipendien nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), so sind es heute noch 19 Prozent. Allein innerhalb eines Jahres - von 1984 auf 1985 - ging die Zahl der BAföG-Geförderten um rund 20 Prozent zurück (an der Ludwig-Maximilians-Universität von 15,1 auf 12,8 Prozent, an der Technischen Universität München von 26,5 auf 24,1 Prozent, an der Fachhochschule München von 32,2 auf 27,2 Prozent, an der Akademie der Bildenden Künste von 25,1 auf 21,3 Prozent). Voll nach BAföG geförderte Studenten sind es in München derzeit nur noch 5,8 Prozent. Wobei diese Studentinnen und Studenten mit ihrer "Voll-Förderung" von 690 Mark pro Monat oft mehr als die Hälfte als Miete bezahlen müssen.

Viele Studenten stehen vor der Entscheidung, ob sie ihr verfügbares Geld für den Lebensunterhalt oder für ihre Unterkunft ausgeben sollen. Wer sich was zu essen kauft und nicht genügend Geld für die Miete hat, läuft Gefahr, auf der Straße zu sitzen. Allein das Studentenwerk mußte 1984 128 Studierenden wegen Mietschulden den Wohnraum kündigen.



Ohne ausreichenden finanziellen Hintergrund müssen die Studenten zusätzlich zum Studium jobben. Dabei sollen sie doch, so die erklärte Zielsetzung der Bundesregierung, ihr Studium möglichst rasch durchziehen. Die Klagen der Konservativen über lange Studienzeiten geraten zur puren Scheinheiligkeit. Studentinnen und Studenten, deren materielle Existenz durch die rigorosen Streichungen bei der BAföG-Förderung derart ungesichert ist, müssen einen Großteil ihrer Zeit zum Geldverdienen benutzen. Beides - Studium und Geldverdienen - schafft aber selbst der leistungswilligste Student nicht in der vorgeschriebenen Akkordzeit.

Angesichts dieser Situation stellt die Beschimpfung der Studenten, wie sie in der jüngsten Ausgabe von "Schule und Wir" erfolgte, eine Unverschämtheit dar. Die vom Kultusministerium herausgegebene Elternzeitschrift meint, es gebe unter den Studenten deswegen immer mehr "bemoooste Häupter", weil sie, statt zu studieren, sich zur Finanzierung "teurer Hobbies oder des eigenen Autos" einen "Job ans Bein hängen".

Die Hochschulen wurden mit der BAföG-Regelung allen geöffnet. Klassenunterschiede in den Bildungschancen gab es im wesentlichen nicht mehr. Heute werden die Fördermittel laufend gekürzt, obwohl die Studentenzahlen steigen. Damit tritt ein, wovor die Sozialdemokraten ständig gewarnt haben: Das Studium wird wieder eine Frage des finanziellen Hintergrundes. Nicht Begabung und Leistung bestimmen die Bildungschancen, sondern das Geld. Das Ergebnis dieser "Bildungsreform konservativer Strickart" ist eine Förderung der Geld-Elite.

In einer Schriftlichen Anfrage habe ich nunmehr die Staatsregierung zur Stellungnahme aufgefordert. Ich will nicht nur wissen, wie es in den anderen bayerischen Universitätsstädten aussieht, sondern frage auch, ob die Staatsregierung diese Entwicklung für unerheblich hält oder die jetzige Situation gar im Sinne der CSU-Regierung ist.

Wir Sozialdemokraten halten eine Änderung der Praxis in der Studienförderung für notwendig. Wir verlangen die Wiederherstellung der BAföG-Förderung, wie sie während der SPD/FDP-Regierung in Bonn bestand. Angesichts der bekannten Zahlen kann sich keiner mehr auf mildernde Umstände des Nichtwissens berufen. Wer jetzt noch die Augen verschließt vor der Notlage vieler Studenten, macht sich schuldig an der Verletzung der Chancengleichheit im Bildungsbereich, macht sich vor allem schuldig an der Abschreckung jener, die von zu Hause kein Geld erwarten können. Insbesondere Frauen werden dadurch vom Studium abgehalten.

(-/15.7.1985/rs/ks)

+ + +

DOKUMENTATION

"Wertvolle Perle im Hause..."

Der Göttinger Schriftsteller Dr. Wolfgang Bittner ist in einem Brief an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht auf dessen Angebot eingegangen, die Beschäftigung von jungen Mädchen als Haushaltswirtschaftshilfen im "sozialen Jahr" mit 6.000 DM zu unterstützen. Wir veröffentlichen den satirisch gefärbten Brief im Wortlaut.

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Der Presse habe ich entnommen, daß Sie jeden, der einen Arbeitsplatz für ein Dienstmädchen einrichtet, mit 6.000 DM dabei unterstützen. Ich möchte Sie zu dieser Dienstmädchen-Initiative beglückwünschen und hiermit einen Antrag stellen.

Schon unsere Großeltern wußten in der guten alten Zeit, wie wertvoll eine solche Perle im Hause sein kann. An diese Tradition möchten auch wir im Sinne der Landesregierung anschließen, zumal sich unseren zwei Söhnen damit die einzigartige Gelegenheit bieten würde, erste Erfahrungen mit dem Personal zu sammeln. Insofern halten wir die Altersbegrenzung bis 25 Jahre für sehr durchdacht; andererseits bietet die untere Altersgrenze von 17 Jahren die Gewähr dafür, daß eine gewisse Reife der einzustellenden Mädchen und ihre vielseitige Verwendbarkeit vorausgesetzt werden können.

Haben Sie eventuell Fotos von Bewerberinnen, die Sie uns zur Verfügung stellen könnten? Auch Ausführungsbestimmungen wären uns hilfreich. Übrigens sind elektrischer Staubsauger, Toaster und Kaffeemaschine in unserem Haushalt vorhanden, was uns ein wichtiger Aspekt zu sein scheint, da sich die jungen Mädchen auf diese Weise gleich im Umgang mit hochwertiger Technologie ("High-Tech", um ein Stichwort Ihrer Wirtschaftsministerin, Frau Brauel, aufzugreifen) üben können, so daß sie beruhigt in die berufliche Zukunft blicken dürfen. Eine gute und umfassende Ausbildung ist jedenfalls garantiert.

Wir würden uns über Ihre baldige geschätzte Antwort sehr freuen, vor allem natürlich über die Bewilligung der 6.000 DM. Vielleicht können wir von diesem Betrag, wenn die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter wie bisher voranschreitet, in Kürze sogar noch einen Gärtner bezahlen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez.: Dr. Wolfgang Bittner"

(-/15.7.1985/rs/ks)

+ + +

